

Heraus zur Werbung für die „Arbeiterstimme“!

Dresdner Anzeiger beschimpft Arbeiter

Amisblatt bezeichnet Genf Arbeiter als politische Verbrecher und fordert Aufhebung des Asylrechts und Sammlung zum Kampf gegen die Sowjetunion. Macht diese Pläne zunichte, verteidigt die USSR

Der „Dresdner Anzeiger“ bringt in seiner Sonntagsnummer vom 13. November die folgende Artikel zu den Wahlen: „Das andere Genf“ einen Artikel zu den Wahlen dieses Bourgeoisblattes, das sich die Dresdner westlichen Einwohner als „Amisblatt“ gefallen lassen müssen. Im Anfang heißt es:

„Genf ist aufgebracht, ist in brodelnder Bewegung. Genf, die glänzendste Fremdenstadt am Fuße des Mont Blanc, die Stadt der internationalen Diplomatie und des Völkerbundes, dieses Genf hat plötzlich ein anderes Gesicht angenommen, ein Gesicht, das immer schon da war, aber dieser Welt verborgen blieb. Die Quais am Gen See herum, vor dem Völkerbundespalast, vor den großen Hotels, sind wie ringsum von den lauten, hässlichen Fremden über den geistlich Eile und Hastigkeit: zur Schau tragenden Mitgliedern fremder Regierungen oder Kommissionen.“

Das ist eine verheerende Beschönigung des Völkerbundes, dessen Institution, deren sich die Reaktion im vergangenen Jahrzehnt so oft und gern bediente und die auch vom „Anzeiger“ gebührend respektiert wird. Heute, im Zeichen des Kriegsaufmarsches gegen die Sowjetunion, hat die Reaktion nur noch Spott und Hohn auf den Völkerbund übrig. Es gibt kaum eine größere Schande für die SPD als diese Zeilen.

Der „Anzeiger“ gibt die Schuld an den Zusammenstößen zwischen den Arbeitern, in Wirklichkeit sind — wie man das von ihm zwischen den Zeilen lesen kann — die Faschisten der Schuldigen. So schreibt der „Anzeiger“:

Die Union Nationale (die bürgerliche Partei, die zur sozialistischen Kundgebung aufgerufen hat D. Red.) ist eine Art Sammelpartei aller bürgerlichen Elemente. Sie hat gerade in der letzten Zeit eine gesteigerte Tätigkeit entfaltet, und da sie auch die bürgerliche Jugend mehr und mehr in ihren Dienst stellte, so spielen sich die Gegensätze in dem überaus sozialistischen Genf immer härter zu. Hinzu kommt die geradezu unerträgliche wirtschaftliche Lage.“

Damit gibt sie unbenutzt selbst zu, daß die Schweizer Arbeiter die Schuld an den Zusammenstößen tragen. Der „Anzeiger“ läßt aber in dem Artikel seinen ganzen Haß gegen die revolutionären Arbeiter erkennen:

Man kennt Genf nicht, wenn man es nur vom Quai aus, von der Kouleau-Insel oder von der Pointe des Berg-

gues gesehen hat. Die Stadt, die dem Fremden ein so stabiles Lager zeigt, ist höchlich und tödlich wirt, wirklich ein Bienenstock unheimlicher Menschen zu sein scheint, hat dunkle und dunkle Hinterhöfe, in denen nicht erst jetzt heute die Not zu Hause ist, und in denen ein internationales Verbrechertum, vor allem ein politisches Verbrechertum, seit jeder seine Schützengasse hat. Genf, die Stadt der völkerverbindenden Societe des Nations, ist auch immer die Stadt der Anarchisten gewesen, und es ist sogar heute noch darauf, daß hier jeder politische Verbrecher ein Nest findet.“

Das ist eine einseitige Beschönigung der revolutionären Arbeiter. In diesen Säcken kommt die ganze Wut der Reaktion des „Anzeigers“ gegen die revolutionären Arbeiter, die sich gewagt haben, den Faschisten gegenüberzutreten, zum Ausdruck.

Zuletzt ruft der „Anzeiger“ zur Sammlung aller Antifaschisten, zum Kampf gegen das internationale Proletariat, zum Kampf gegen das Vaterland der Arbeiter, gegen die Sowjetunion:

„Wilde Gerüchte durchschwirren heute zwar die Luft, über das scharfe Zugreifen der Militärbehörden hat doch unabweisbar die Atmosphäre mit einem Schloß getränkt. Doch es ist ein Mienenspiel, was hier in Genf geschah, und es ist deshalb ein besonders eindrucksvolles Mienenspiel, weil es eben hier in Genf, also vor den Augen des Völkerbundes und vor den Augen der führenden Staatsmänner der ganzen Welt geschah. Werden diese nicht endlich von Weg aus der durch unholdbare Freiheitsrechte geschaffenen Weltlinie finden, dann wird Moskau schließlich doch triumphieren. Nicht nur in Genf, sondern in allen überfüllten und überindustriellierten Städten der Welt.“

Das ist die Kriegserklärung an Sowjetrußland und an die Arbeiterklasse. Der „Anzeiger“, der den Nationalismus für sich gepredigt hat, appelliert hier an die internationalen imperialistischen Mächte. Die Arbeiter aber, die in Deutschland in den letzten Kämpfen, wie auch bei den letzten Wahlen gezeigt haben, daß sie in immer wachsenderem Maße ihre Klassenlage erkennen, daß sie bereit sind, gegen das imperialistische System, gegen Faschismus unter Führung der SPD zu kämpfen, ihnen wird dieser Artikel ein Signal sein, was er recht alle Kräfte zusammenzuführen zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsgewinn, zum Schutze der Sowjetunion, für den Sozialismus!

Ein SPD-Prolet lernt um

Es war mein trübster Gegner bei den alljährlichen Diskussionen auf dem Stempelamt. Als alter SPD-Prolet hätte er immer die typischen Volkszeitungs-Argumente ins Feuer. Die Erwerbslosen hörten, hin und wieder eine Bemerkung einwerfend, zu. Es reigte mich immer wieder, mit ihm zu diskutieren, denn ich wurde das Gefühl nicht los, daß er von seinen Argumenten ehrlich überzeugt war. Vor allen Dingen versuchte er mir erfolglos beizubringen, daß die SPD-Politik in letzter Opposition zu Papen stehe. Drei Wochen eine vergangen, und ich sah meinen alten Diskussionsgegner nirgends. Eines Tages rückt mir ein Prolet ein Flugblatt in die Hand: „Die 2. Kammer wählt zur Stadtverordnetenwahl.“ Ich denke, ich sehe nicht recht, der Flugblattverleiher war mein alter SPD-Prolet. Er erkennt mich auch gleich wieder.

„Nensch“, lache ich, „wie kommst denn du zu uns?“

„Ja, weicht du“, berichtet er, „ich hab schon gelernt, ich bin aus der SPD ausgestiegen und zu den Kommunisten, zu euch, Genosse, gekommen.“

Schließlich lachte ich raus, daß er bei einer Demonstration gegen die Papenregierung verhaftet wurde. Die Volkspolizei hatte damals von „verwirrten Elementen“, die in der Stadt Ruhe machten — das war selbst meinem SPD-Arbeiter zu viel. Nachdem er seine fälligen drei Wochen Gefängnis bewogen hinter sich hatte, zog er die richtige Konsequenz und kam zu uns. Wir diskutierten noch über den Berliner Streik und über den Ausgang der Reichstagswahl. Und immer verteilte unter neuer Herolle Flugblätter zur Stadtverordnetenwahl, für die Liste 2.

„Na, Rot Front, Genosse“, lache ich beim Weggehen.

„Rot Front!“ ruft er mir nach. — Also wieder einer, der gelernt hat, denke ich und haure ab.

Namenslose Helden

Morgen Mittwoch, den 16. November (Wahntag), findet vormittags 10 Uhr, in den IS-Bühnen, Bücherverleiher, eine Filmvorstellung statt. Es wird der eindrucksvolle Film „Namenslose Helden“ gezeigt. Außerdem ein reiches Programm.

Zahlung freiwilliger Krankenversicherungsbeiträge

Es ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß freiwillig Versicherte mit der Zahlung ihrer Krankenversicherungsbeiträge im Rückstand bleiben und somit ihren Ausschluß aus der Weiterversicherung herbeiführen. Der Ausschluß aus der Versicherung führt zum Verlust der erworbenen Ansprüche, die auch durch etwaiges Reichwerdoverfahren nicht wieder erlangt werden können. Um solchen Ausschüssen künftig zu vorbeugen, weist die Allgemeine Ortskrankenkasse für Dresden die freiwillig Versicherten darauf hin, die Krankenversicherungsbeiträge rechtzeitig zu entrichten. Nach § 44 der Satzung sind die Beiträge Monatsweise für die vorangegangene Beitragsperiode fällig und zahlbar. Einmal seit diesem Tage der Wahlen vergangen, dann hat nach § 10 Absatz IV der Satzung der Ausschluß des freiwillig Versicherten aus der Krankenversicherung zu erfolgen. Bis zum Tage des Ausschusses aus der Versicherung bleiben die Versicherten für die rückständigen Beiträge jedoch noch zahlbar.

Aufhebung eines Verbot

Das Verbot des Betretens der Großmarktfestungen durch das sogenannte Privatpublikum, veröffentlicht mit Bekanntmachung vom 2. September 1932 in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1932, wird hiermit aufgehoben.

Dresden, am 11. November 1932.
Der Rat zu Dresden, Marktverwaltung.

Selbstmordversuch

Gestern früh hat eine auf der Rathibühnenstraße 23 wohnhafte 50jährige Kompositionist versucht, sich mit Gas zu vergiften. Sauerstoffhilfe war von Erfolg begleitet.

Note Jaunglioniere in Front

Die Noten-Hilfs-Pioniere des Stadtkomitee 18 sammelten in wenigen Tagen für die proletarisch-politischen Gefangenen 50 Mark, davon allein 4 Mark für die Pioniere 33 Mark. Ein Betrag auf den kleinen Noten Helfern.

Naturfreunde Juchowitz

Mittwoch, den 16. 11. Besuch der Ortsgruppe Heidenau. Lichtbildervortrag: Schwaben, Ref. Lehrer Hübner. Kabarettbahn Heidenau. Beginn 19.30 Uhr. Singkreis 17 Uhr Vereinslokal. Winterport: Anwesenheit für Anfahrterurlaub melden sich bitte bei Hans Wahnert, Rosa-Duxenburg-Straße 7, Gerhart-Stäbe, Reichstr. 12.

Orga-Privat-Schreibmaschine

Orga-Privat-Schreibmaschine, fast neu, wenig gebräutet, zu verkaufen. Preis 100 Mark. Eventuell Tausch gegen gebrauchte Keilfederschreibmaschine. Anfragen unter 222 10 an die Redaktion der Arbeiterstimme.

Der Dresdner Amtsklecker zum Dresdner Wahlergebnis

Die Furcht der Reaktion

Dresdens Ober ohne Partei. Fünf Einmannfraktionen. Mobilisiert zum außerparlamentarischen Kampf für die Sicherung eurer Existenz um Arbeit, Brot und Freiheit!

Bei den Wahlen am Sonntag ergaben sich eine Reihe wesentlicher Veränderungen der Parteienfraktionen in Dresdens Rathaus. Sämtliche bürgerliche Parteien sind so dezimiert, daß sie nur noch mit insgesamt 18 Mandaten von 75 einziehen. Unter diesen Fraktionen befinden sich nicht weniger als fünf Einmannfraktionen, eine Zwei-Mann-Fraktion und zwei Vier-Mann-Fraktionen.

18 Mandate sind verteilt auf 9 Parteien.

Rechtzaphale Verluste haben die Gruppen Handwerk, Handel und Gewerbe — diese beiden Gruppen traten früher mit einer einheitlichen Liste auf — sie hatten noch in der letzten Periode 20 Mandate. Diesmal verlor sie es mit zwei Listen und verlor sich überdies eine Verhärtung ihrer Front! Die Wähler in ihnen vorbestimmten.

Herr Kunzsch allein auf weiter Flur!

Schwer zusammengewürfen erscheint auch die Deutsche Staatspartei die noch in der letzten Periode fünf Vertreter hatte und nun nur noch mit einem Mann und einer Frau einzeln. Unterstützt diese Partei stellt den Oberbürgermeister der Stadt Dresden. Das wird selbstverständlich diesen „Ober“ nicht hindern, im Namen der glanzvollen Dresdner Einwohnererschaft zu sprechen.

Die Deutsche Volkspartei hat zwei Drittel ihres Stimmens zu Mandaten verloren. Statt mit zwölf sitzt sie nur noch mit vier ein.

Die Deutschnationale Volkspartei, die in der letzten Periode sieben Mitglieder hatte, welche später zur Volkskonsolidationspartei übergingen, rückt mit vier Mandaten ein. In Wirklichkeit hatte sie aber auf 9 Sitze Anspruch, da eine Reihe von Betreuten Gruppen, wie der Allgemeine Hausbesitzerverein mit drei Mandaten, Gruppe Handwerk, Gewerbe, Verkehr mit Herrn Kunzsch und der Vertreter der sogenannten Ueberparteilichen Kreise, alles Parteigänger der Deutschnationalen sind.

Die SPD, ehemals die stärkste Partei des Kollegiums, die zusammen mit der USP, die seinerzeit vier Mandate hatte, als das Kollegium noch 84 Mann stark war, 42 Vertreter, d. h. die Hälfte des Kollegiums ausmachte, ist heute auf 22 Mandate zurückgegangen. Durch eine Auslese bei der Kandidatenaufstellung hat sie dafür gesorgt, daß nur unbedingt im Parteiprogramm verankerte Sozialisten ins Kollegium einzuziehen.

Die Nationalsozialisten, deren Vertreter Richter in den vergangenen Monaten das Maul nicht weit genug aufreißen konnte, nun den kommenden Siegen laute und schon von der Erhebung der Reichheit der Sitze träumen, rücken mit 22 Mandaten ein, die sie auf Kosten der bürgerlichen Parteien gewonnen haben.

Die einzige Siegerin in die Kommunistische Partei!

Sie liegt von sieben Mandaten auf dreizehn Mandate. Sie ist auch die einzige von der Reaktion gefährdete Partei. Das ergibt sich besonders deutlich bei der „Dresdner Anzeiger“ vom Sonntag. Dieser schreibt:

„Betrachtet man das Ergebnis der gestrigen Wahl in bezug auf die Arbeitstätigkeit des neuen Stadtparlaments, so vermag man der Resultate nicht recht froh zu werden. Zwar ist keine marxistische Mehrheit vorhanden, aber die Kommunisten haben es jetzt mit ihren dreizehn Vertretern in der Hand, jeden Legislationsentwurf zur Beiprägung zu bringen und zu jedem Punkt der Tagesordnung Berichterstatterung durchzuführen.“

Hier liegt das Unheil! Die Hand, die bisher hilflos über die Entwürfe der kommunistischen Partei zur Tagesordnung überging, die es jetzt faßt, die Lebensentwürfe

der hungernden Bevölkerung mit Füßen zu treten. So kann jetzt öffentlich gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Das aber liegt ihr schwer in den Gliedern. Hierher kommen sie sich so schön gemeinsam mit ihren Stützen, den Nazis und der Streikbrüderpartei über die Entwürfe der SPD hinwegzusetzen. Damit ist es vorüber! Die SPD wird die Herrschenden zwingen, ihre arbeitserstrebliche Haltung vor der Öffentlichkeit zu begründen.

Die Herrschenden aber müssen im außerparlamentarischen Kampf den Herrschenden zeigen, daß sie gewillt sind, ihre Existenz unter Führung der kommunistischen Partei zu verteidigen und den Sozialismus zu erringen!

Einheitsfront Aktion schlägt Papen

Da die außerparlamentarischen Schichten gegen die Regierung Papen, gegen Faschismus und Imperialismus, gegen imperialistische Profiteure der herrschenden Klassen, im Kampfe vereint zu stehen, bedarf es der vereinigen, geschlossenen Kraft der Masse der Ausgebeugten, Verdrängten, Niedergedrückten. Einheitsfront ist das Gebot der Stunde, ist Schlüssel der Einheit.

(Dazu Zeitschrift in Mitarbeit der kommunistischen Schichtenorganisationen.)

DER ROTE WÄHLER
Oktober 1932 Preis 10 Pfennig Überall zu haben

Mietzinszahlung ratenweise möglich

Eine interessante Entscheidung ist vom Amtsgericht Dresden in Sachen Mietzahlung gefällt worden.

Ein Dresdner Hausbesitzer hatte gegen einen künftigen Beamten im Ruhestand Klage auf Zahlung der Aprilmiete samt Zinsen seit 1. 4. 1932 angebracht. Der Beklagte hatte diese Miete am 6. und 20. 4. 1932 in zwei Raten bezahlt und zwar jeweils an den Tagen, an denen er die Raten seines Ruhegehaltes erhalten hat. Nach Anzeige der Erhebung des Streites in der Hauptkammer beantragte der Kläger, die Streitsachen dem Beklagten aufzuliegen, während der Beflage die Beflagte erhalte soviel Ruhegehalt, daß er es vor dem Beginn der ratenweisen Zahlungen immer geben habe. Die Verzinsung der Beflagte betraf die Zahlung des Ruhegehaltes sei nur Schilanz. Der Beklagte betrug auf die Ratenerzahlung vom 18. Juli 1931, wie bei der Ratenerzahlung der Schilanz und führte aus, daß er ohne Verzinsung des notwendigen Unterhalts die Miete nicht auf einmal bezahlen könnte.

Das Amtsgericht Dresden erlaubte für Recht:

„Der Kläger trägt die Kosten des Rechtsstreites. Das Urteil ist sofort vollstreckbar.“

In den Entscheidungsurteilen wird ausgeführt: Nach § 7 der Durchführungsverordnung vom 15. 7. 1931 zur Erhebung des Ruhegehaltes über die Auszahlung der Dienstbezüge zum gleichen Tage gehen die Nachfolger, die wegen der Rückzahlung oder der verpönblichen Zahlung nach Gehalt oder Betrag einsteuern, als nicht einzurechnen, wenn der Schuldner durch die verpönbliche Zahlungswaise (sein Gehalt) nach der Verordnung des Ruhegehaltes einzurechnen sind, eine rätelweise Mietzinszahlung zu leisten. Die Klage konnte sich der Beklagte leisten, da

der geringen Höhe seiner Bezüge kann es ihm nicht als Vorteil den angerechnet werden, wenn er die Miete nicht pünktlich in voller Höhe am 1. des Monats bezahlt hat. Die Folgen der verpönbten Zahlung sollen deshalb als nicht eingetretet. Dazu gehören nicht nur die unmittelbaren Folgen, wie insbesondere das Inanspruchkommen, sondern auch unmittelbare, wie die Verpflichtung zur Tragung der Folgekosten. Der Beklagte hat auch andere Mittel ergriffen, die Miete bezahlt, sobald er sein Ruhegehalt erhalten hatte.“

Kotterordnung über Kirchenkeuern

Daß die Kirche einen guten Wagen und große Gelder hat, beweist sie wieder einmal. Denn jetzt wird eine neue Kotterordnung erlassen zur vorläufigen Regelung der Erhebung der Kirchensteuer. Die Kotterordnung ist einseitig, daß die Kirchensteuerpflichtigen Mitglieder der Landeskirche die Kirchensteuer zu entrichten haben. Es sind ebenfalls Logos von den Steuerpflichtigen Sachverständigen zu treffen.

Was haben die Schützen nun? Man hat sie begehrt, daß sie sich an der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung zu bewegen und diese ganze Schändlichkeit von der Kirchensteuer der Kirchen und Schulen abzuwenden helfen wollen?

Schöne weiße Zähne

Schöne weiße Zähne sind ein Zeichen für einen gesunden Mund. Ein gesunder Mund ist ein Zeichen für einen gesunden Körper. Ein gesunder Körper ist ein Zeichen für einen gesunden Geist. Ein gesunder Geist ist ein Zeichen für einen gesunden Charakter. Ein gesunder Charakter ist ein Zeichen für einen gesunden Menschen. Ein gesunder Mensch ist ein Zeichen für einen gesunden Staat. Ein gesunder Staat ist ein Zeichen für einen gesunden Welt.